

**ver.di in der  
Finanzdienstleistungsbranche**

# Pressemappe

**Pressekonferenz 08.02.2017**



*Finanzdienstleistungen*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

# Inhaltsverzeichnis

Positionen und Forderungen zur Tarifrunde Postbank	3
Positionen und Forderungen zur Tarifrunde in der Versicherungsbranche	4
Genossenschaftsbanken: Annäherung zwischen ver.di und AVR	5
Positionen zu den Herausforderungen der Branche	6
Presseansprechpartner	7

# Positionen und Forderungen zur Tarifrunde bei der Postbank

Die Tarifrunde 2017 steht unmittelbar bevor. Am 6. Februar haben die ver.di Tarifkommissionen Postbank und Postbank Filialvertrieb gemeinsam folgende Forderungen beschlossen:

Verlängerung des Kündigungsschutzes bis Ende 2022, eine Gehaltserhöhung um 5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten und eine deutliche Anhebung der Ausbildungsvergütungen. Desweiteren fordert ver.di den Abschluss eines Zukunftstarifvertrages. Mit diesem Tarifvertrag will ver.di die Veränderungen der Arbeitsbedingungen insbesondere durch die Digitalisierung mit gestalten. Neben Arbeitsbedingungen zum altersgerechten Arbeiten ohne Überlastung, soll der Tarifvertrag auch Regelungen zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben enthalten. Dies bietet jungen Menschen, insbesondere den Auszubildenden, die Möglichkeit einer verbindlich festgelegten Übernahme bei der Postbank. In diesen neuen Tarifvertrag sollen auch Weiterbildungsansprüche und Regelungen zur arbeitnehmerorientierten Arbeitszeitgestaltung aufgenommen werden.

Vorausgegangen war eine breite Diskussion in den Betrieben mit den ver.di Mitgliedern und den Beschäftigten. Die vorgesehenen Verhandlungstermine für die Tarifverhandlungen mit der Postbank sind:

- 6. April in Bonn
- 19./20. Mai in Berlin
- 21./22. Juni in Hamburg

ver.di stellt sich auf eine harte Auseinandersetzung ein. Dass ver.di ihre Forderungen in der Postbank notfalls mit den Mitteln eines Arbeitskampfes durchsetzen kann, hat sie in der Tarifrunde 2015 unter Beweis gestellt.

Immer wieder verunsichern Gerüchte über die Zukunft der Postbank die Beschäftigten im Postbankkonzern. ver.di setzt sich dafür ein, den Konzern Deutsche Postbank zu erhalten und die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern.

Der bisher anhaltende Personalabbau hat die Grenze des Vertretbaren erreicht. Egal ob im Filialvertrieb, in den Backofficeeinheiten, bei den übrigen Tochterunternehmen oder bei der Postbank. Ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen ist auch für das Unternehmen schädlich. Das wird besonders deutlich an der Vielzahl von Filialschließungen wegen Personalmangel und der zunehmenden Belastung aller Beschäftigten im Postbank-Konzern. Die Digitalisierung darf nicht nur Wegrationalisierung bedeuten. Es gilt, Arbeitsprozesse neu zu gestalten und qualifizierte Tätigkeiten zu sichern.

# Positionen und Forderungen zur Tarifrunde in der Versicherungsbranche

## Innendienst der privaten Versicherungsbranche

Am 30. März 2017 beginnen in Düsseldorf die Tarifverhandlungen für die rund 170.000 Beschäftigten im Innendienst der privaten Versicherungsbranche.

Die Branche befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Alle Versicherungsunternehmen arbeiten mit Hochdruck an Digitalisierungsstrategien. Durch die aktuelle technologische Entwicklung und den weiter zunehmenden Kosten- und Effizienzdruck wird die Industrialisierung der Arbeitsprozesse in der Versicherungswirtschaft erneut Fahrt aufnehmen.

Eine neue Automatisierungswelle, der viele Arbeitsplätze zum Opfer fallen können, steht bevor. Auch Arbeitszeitregelungen und das Bezahlungsniveau werden unter Druck geraten.

In einer Reihe von Versicherungsunternehmen finden zurzeit – auch unabhängig von der Digitalisierung – Umstrukturierungs- und Personalabbauprogramme statt.

Angesichts der Veränderungsprozesse in der Branche fordert ver.di einen Zukunftstarifvertrag Digitalisierung. Der neue Tarifvertrag soll vorrangig Beschäftigung im digitalen Zeitalter sichern, notwendige Qualifizierungsansprüche regeln und mobilem Arbeiten einen Rahmen geben.

Im Rahmen einer Branchenkonferenz haben im Januar 2017 rund 200 Betriebs- und Personalräte mit dem Präsidenten des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Dr. Alexander Erdland, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen (AGV) Dr. Andreas Eurich sowie dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und dem ver.di-Bundesvorstandmitglied und Verhandlungsführer Christoph Meister über die Lage und die Zukunftsperspektive der Versicherungsbranche diskutiert. Die Betriebs- und Personalräte haben sich dafür ausgesprochen, die Digitalisierungsprozesse durch tarifvertragliche Regelungen im Interesse der Beschäftigten zu gestalten und unterstützen die ver.di-Forderung nach einem Zukunftstarifvertrag.

Neben der Kernforderungen des neuen Tarifvertrages ist eine angemessene Erhöhung der Tarifgehälter ist für die Befragten von großer Bedeutung.

Die Rahmenbedingungen der Branche haben sich zwar nachhaltig geändert, die Geschäftsergebnisse können sich aber dennoch sehen lassen. Die Beschäftigten, die diese Ergebnisse erwirtschaftet haben, müssen mit einer angemessenen Erhöhung ihrer Gehälter daran beteiligt werden.

ver.di fordert daher eine Erhöhung der Gehälter inklusive aller Zulagen um 4,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 50 Euro je Ausbildungsjahr erhöht werden. Darüber hinaus wird die unbefristete Übernahme der Auszubildenden gefordert.

Außerdem hat die Tarifkommission erstmals eine Forderung nur für ver.di-Mitglieder beschlossen: Gewerkschaftsmitglieder sollen einen zusätzlichen Beitrag für die betriebliche Altersversorgung in Höhe von 80 Euro erhalten.

## **Außendienst der privaten Versicherungsbranche**

Bereits am 22. Dezember 2016 starteten in Wuppertal die Tarifverhandlungen für die rund 37.000 Beschäftigten im angestellten Außendienst. ver.di fordert in dieser Tarifrunde eine Erhöhung der Mindesteinkommen und der im Tarifvertrag geregelten Einkommensbestandteile von rund 5 Prozent. Zentrale Forderung war darüber hinaus eine Weiterbildungspauschale für die nach Umsetzung der IDD (europäische Versicherungsvertriebsrichtlinie) in deutsches Recht gesetzlich zwingend vorgeschriebene Weiterbildung von 15 Stunden im Jahr für Versicherungsvermittler. Bisher wird die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen im Rahmen der freiwilligen Brancheninitiative „gut beraten“ nicht vergütet.

Der Arbeitgeberverband hat ein Angebot für 33 Monate mit zwei Erhöhungsstufen vorgelegt.

Danach sollten die Einkommen am 1. April.2017 zwischen 1,24 Prozent und 1,02 Prozent sowie zum 01. Juli.2017 zwischen 1,22 Prozent und 1,01 Prozent angehoben werden. Angesichts der langen Laufzeit und der Nullmonate entspricht dies einer jährlichen Erhöhung zwischen 0,85 Prozent und 1,21 Prozent.

Die Weiterbildungspauschale wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Sie forderten stattdessen erneut eine Absenkung der Mindesteinkommen und eine Verschlechterung der Krankenbeihilfe.

Angesichts der für 2017 prognostizierten Inflation bedeutet das Arbeitgeberangebot eine Absenkung der realen Einkommen im angestellten Außendienst. Die Tarifkommission hat dieses Angebot als nicht verhandlungsfähig abgelehnt. Die Verhandlungen sind ohne Ergebnis und ohne neue Terminvereinbarung abgebrochen worden.

# Genossenschaftsbanken:

## Annäherung zwischen ver.di und AVR

Dieser Annäherungsprozess ist Ausdruck des beiderseitigen Interesses von AVR (Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.) und ver.di, den zehnjährigen Tarifkonflikt im Wege eines qualitativen Neuanfangs zu beenden und einen offenen, sachlichen und ehrlichen Dialog zu beginnen, an dessen Ende ein zukunftsfähiges Tarifwerk für den genossenschaftlichen Bankensektor steht, das auch eine tragfähige Basis für Gehaltstarifverhandlungen darstellt.

Eine solche Lösung im Flächentarif ist die Voraussetzung, um die hohe Tarifbindung im genossenschaftlichen Bankensektor zu erhalten und ausgeschiedenen Banken eine Option zum Wiedereintritt zu bieten. Der AVR und ver.di stimmen überein, dass für einen qualitativen Neuanfang ein konstruktiver Austausch über die tariflichen Zukunftsthemen und die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses, wie der genossenschaftliche Flächentarifvertrag an die Veränderungen im Bankenmarkt angepasst werden kann, wichtig ist.

Die Vorbereitung von Verhandlungen einer Tarifreform bedarf intensiver interner Beratungen auf beiden Seiten und eines angemessenen Austausches zwischen AVR und ver.di. Ende 2017 soll es dann ein Spitzengespräch zwischen ver.di und dem AVR geben. Im Anschluss daran starten die Vertragsparteien in eine Sondierungsphase, um zu prüfen, ob es eine gemeinsame Sichtweise auf die Verhandlungsthemen und Umsetzungsmöglichkeiten gibt.

ver.di und AVR haben eine umfassende Verhandlungsvereinbarung erarbeitet, die derzeit in den jeweiligen Gremien der Verbände beraten wird.

# Positionen zur Digitalisierung

Wer die Digitalisierung nur mit der Senkung von Kosten übersetzt, verpasst wichtige Chancen. Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten insbesondere im Vertrieb. Die notwendigen Veränderungsprozesse können dabei jedoch nur gelingen, wenn die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen mit eingebunden werden.

An vielen Stellen erleben wir, dass Institute zwar in Richtung der Kunden in ein modernes digitales Auftreten investieren, dabei aber die dahinterliegende Infrastruktur vernachlässigen. Dies führt bei Beschäftigten zu einer höheren Arbeitsbelastung.

Natürlich bietet die Digitalisierung auf der anderen Seite auch für die Beschäftigten neue Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung und damit beispielsweise Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Die Frage, ob neue Arbeitsmodelle von den Beschäftigten mitgetragen werden, ist eng mit der Frage der Arbeitszeitsouveränität verknüpft. Möglichst große Spielräume bei der Frage zu haben, wann was wo zu erledigen ist, sind dabei sehr wichtig. Die Beschäftigten, ihre betrieblichen Interessenvertretungen und ihre Gewerkschaft ver.di haben bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass sie notwendigen Veränderungsprozessen nicht entgegenstehen, sondern diese aktiv und konstruktiv mitgestalten wollen. Eine wichtige Voraussetzung ist dabei die Arbeitsplatzsicherheit.

Die durch Digitalisierung frei werdende Arbeitszeit sollte dazu genutzt werden, die Qualität der Kundenberatung weiter zu verbessern und die Ansprache von (neuen) Kunden auszubauen und damit eine erhöhte Servicequalität gegenüber den Kunden zu erreichen.

In Tarifverträgen können die negativen Auswirkungen der Digitalisierung abgemildert werden. Darüber hinaus arbeitet ver.di daran, die digitale Arbeitswelt der Zukunft aktiv mitzugestalten. Praktisch in allen großen Tarifrunden fordert ver.di in der Finanzdienstleistungsbranche entsprechende Gestaltungsoptionen entlang der Schwerpunkte: Beschäftigungssicherung, Weiterbildung, mobiles Arbeiten, Arbeitszeitsouveränität und Gesundheitsschutz. Zum Selbstverständnis neuer Arbeitszeitregelungen muss nach dem Verständnis von ver.di auch immer ein Recht auf „Nichterreichbarkeit“ gehören.



## Presseansprechpartnerin

Martina Sönnichsen

Tel.: 030/6956-1011/1012

E-Mail: [pressestelle@verdi.de](mailto:pressestelle@verdi.de)

ver.di-Bundesvorstand

Pressestelle

Paula-Thiede-Ufer 10

10179 Berlin